



# Das Reichsbanner

Nr. 6

Juni 1972

16. Jahrgang

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

## CSU-Freundeskreis betont:

### „Strauß soll Hitler nicht ersetzen . . .“

von Peter van Spall

Die von den Befürwortern des kapitalistischen Arbeits- und Entscheidungssystems immer wieder gern beschworene strikte Trennung zwischen „Politik“ und „Wirtschaft“ wurde durch den von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vorgelegten „Jahresbericht 1970“ und die zahlreichen Erklärungen führender Industrieller auf der Mitgliederversammlung, die Ende 1971 stattfand, einmal mehr ad absurdum geführt. In diesem Text war ebenso wie in den Referaten der BDA-Sprecher davon die Rede, daß die **SPD** vor der Schwierigkeit stünde, bestimmte Sozialreformen in Angriff zu nehmen und sich dazu der Unterstützung der **Gewerkschaften** zu versichern, denn sie müsse sich heute ihr „Image als Volkspartei“ erhalten. Der **CDU**, die **inzwischen** ihre Haltung im Sinne der **CSU** korrigiert hat, wurde in diesem Zusammenhang vorgehalten, sie scheue sich davor, „die über jedes Maß hinausgehenden Lohnforderungen der Gewerkschaften zu kritisieren“, denn sie greifen - nach Auffassung der BDA aufgrund der „wildem Streiks“ - durch ihre Flucht nach vorn die „angebliche Gewinnexplosion“ der Unternehmer an. Die gewerkschaftlichen Forderungen verstoßen, so heißt es in dem Papier, „gegen die ordnungspolitischen Prinzipien der Marktwirtschaft“. Das ist die Meinung der **ökonomischen Machelite**, die sich **zur CSU-Politik bekennt**, denn nur diese Partei hat eine „klare gesellschaftspolitische Linie“. Sie steht „zum Privateigentum an Produktionsmitteln“ und zu den Prinzipien der kapitalistischen Profitwirtschaft, und diese „braucht politische Entschiedenheit und sicheres Fundament“. Franz-Josef **Strauß** vertritt schon lange als Chefideologe und Vorsitzender der bayrischen CSU „die klare gesellschaftspolitische Linie“. Er wandte sich im Juni 1971 auf dem letzten Wirtschaftstag der CDU/CSU in Bonn an die dort versammelten Konzernbosse und Millionäre, die in der Regel auch in der BDA organisiert sind, als er sagte: „Wir alle, die wir in der politischen Arena stehen, aber ohne Sie nichts bedeuten, sind aufgerufen . . . eine Veränderung der Verhältnisse wieder herbeizuführen.“

Um welche gesellschaftspolitische Linie geht es nun? „Er löst Adolf **Hitler** nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten“, betonte der Kölner **CSU-Freundeskreis** schon am 8. 6. 1970 in einem Rundschreiben, in dem es dann weiter heißt, „wir gehen in den aktiven Widerstand mit allen verfügbaren Mitteln auch in der Wirtschaft. **Strauß muß an die Macht**. Wir müssen die Macht **erzwingen**, so oder so. Auch dann, wenn die Wahl **nicht** nach unseren Vorstellungen ausfällt.“ In diesem Text wird beschrieben, auf welchem Wege die **BDA/CSU-Machtergreifung** vorstatten geht: „Die Presse muß hart in die Zügel genommen werden. Axel Cäsar **Springer** bereitet diese innere Ordnung vor. Er ist unser Mann auf diesem Sektor. Er braucht uns. Wir brauchen ihn! „**Bayern-Kurier**“ und „**National-Zeitung**“ bleiben unsere Hauptorgane. In ihnen wird die Richtung angegeben. . . Die **Bundeswehr** soll eine national ausgerichtete Streitmacht werden. Das Offizierskorps wartet auf den starken Mann: Franz-Josef Strauß! „Die Bundesvereinigung der CSU-Freundeskreise unterstützt sehr erfolgreich außerhalb Bayerns die „Ost- und Deutschlandpolitik“ des in der Wahl der Mittel recht flexiblen CSU-Vorsitzenden und damit die antidemokratischen und expansionistischen Bestrebungen der durch die BDA repräsentierten Kreise des Industrie- und Finanzkapitals. Die Kündigungen progressiver Journalisten, das Berufsverbot für Linke, die Verbotsdrohungen gegenüber sozialistischen Organisa-

tionen und die Folgen der von der kapitalistischen Strukturkrise ablenkenden Baader-Meinhof-Affäre gehen zweifellos letztlich auf das Schuldkonto dieser sich in den politischen Institutionen formierenden Kadertruppe der **schwarz-braunen Reaktionäre, die den Sturz der „sozialliberalen“ Koalition anstrebt**. Und diese wiederum versucht sich durch eine weitere Anpassung an die CDU/CSU zu retten, anstatt konsequent für die Realisierung ihres Reformprogramms einzutreten.

Der Unternehmerflügel der CDU/CSU mobilisiert weitere neofaschistische Hilfstruppen. Die Namen „Deutsche Union“ (Zoglmanns frühere „Nationalliberale Aktion“) und „Deutsche Volksunion“ (Dr. Freys überparteiliche rechte „Sammlungsbewegung“) verweisen auf eine enge Wesens- und Wahlverwandtschaft zueinander sowie zur „Christlich Sozialen Union“. Die Übertritte der ultrarechten SPD-Abgeordneten Hupka und Klaus-Peter Schulz zeigen, daß auch diese Kreise, die mehr oder weniger offen für Strauß votieren, die BDA/CSU-Linie akzeptieren.

Diese Leute haben sicher auch dann nichts gegen F. J. Strauß, wenn nachgewiesen wird, daß das von ihm vertretene Programm zur politischen Neuordnung Europas unter der Vorherrschaft des BRD-Kapitals bereits 1967 unter dem Titel „UN PIANO PER L'EUROPA“ bei Giovanni Volpe in Rom verlegt wurde. Der Sohn des ehemaligen Hofhistorikers Mussolinis ist engagiertes Mitglied der italienischen neofaschistischen MSI und läßt daher in seinem Verlag vorwiegend international bekannte Alt- und Neufaschisten zu Wort kommen, darunter den ehemaligen Finanzminister Mussolinis de Stefani, den Rassisten Evola, den Exstabschef der norditalienischen Armee nach 1943 und Oberbefehlshaber im Abessinien-Krieg Graziani, den Faschisten Gentile, die Ideologen der französischen Rechten La Rochelle, M. Rocca, Bardéche und Saint-Loup. Neben dem Strauß-Text bietet der MSI-Verlag u. a. folgende Bücher an: M. Bardéche: „Che cosa é il Fascismo?“; U. Bennedetti „Croce e il Fascismo“; de Stefani „Una riforma al rogo“; F. Gaucher „Il Fascismo e il mondo di oggi“; P. Gentile „Democrazie mafiose“; Ernst Jünger „Al muro del tempo“; Drieu La Rochelle „Socialismo Fascismo Europa“; J. Evola „Il Fascismo“ und „Gli uomini e le rovine“; M. Rocca „Il primo Fascismo“; G. Volpe „Storia d'Italia“; P. Siena „Gentile“ (Biographie) und Saint-Loup „I volontari europei della Waffen-SS“. Alle diese Texte können, falls man meine Angaben überprüfen will, in jeder deutschen Buchhandlung bestellt werden. Die Verlagsanschrift lautet: Giovanni Volpe, 1 00197 Roma, Via Mercati, 51.

Das Innenministerium erwägt ein Verbot der KPI- und MSI-Büros, die seit einigen Monaten in der BRD eingerichtet werden, da beide Organisationen angeblich verfassungswidrig sind. Mit einem Verbot der Büros der neofaschistischen MSI ist allein schon deshalb nicht zu rechnen, weil auch im Innenausschuß des Bundestages, der mit darüber zu befinden hat, diverse Abgeordnete der CDU/CSU und alte Nazis sitzen. Man wird doch wohl kaum annehmen können, daß sich die Gesinnungsfreunde der MSI gleich mit verbieten. Denn daß die mit griechischen Obristen korrespondierenden Politiker nicht mehr auf dem Boden des von antifaschistischen Demokraten geschaffenen Grundgesetzes stehen, dürfte inzwischen klar geworden sein.

# Gelesen, zitiert, kommentiert

**Unser unermüdlicher August Kerger hat, als ob er sein plötzliches Ende geahnt hätte, einige Manuskripte hinterlassen. Zwei drucken wir heute ab. So begleitet uns unser unvergeßlicher Kamerad noch als Schriftleiter ein Stück unseres Weges. Seine Ideen werden jedoch über die nächsten Ausgaben unserer Zeitschrift hinaus richtungsbegleitend bleiben.**

## Kein Strachwitz-Witz

„Wenn man in der F.A.Z. vom 8. Januar den Fall Strachwitz liest, dann weiß man nicht recht, was man mehr bedauern soll: die Auslassungen des Majors, die man keineswegs als bloßen Witz hinstellen kann, das Urteil des Truppendienstgerichts oder den Umstand, daß der Disziplinarvorgesetzte nicht ins Rechtsmittel gegangen ist. Da geht also ein leibhaftiger Bundeswehrmajor aus dem Nato-Hauptquartier hin und rückt den Bundeskanzler unter die bassermannschen Gestalten der „vaterlandslosen Gesellen“, dessen Parteikurs gegen Deutschland gerichtet erscheint, wobei der Kanzler keine besondere Vaterlandsliebe für das Deutschland in den Grenzen von 1937 hegt. Wie man diese Worte – keineswegs nur aus der Majorsecke – auch relativieren mag, sie stellen eine massive Beleidigung dar, zumal diese Worte seit ihrer Geburt in Seiner Majestät Mund in Deutschland als Unwerturteil tief empfunden und gerade deshalb immer wieder gehandhabt werden.“

Würde man einen deutschen General derartig beschimpfen, so wäre der beleidigende Charakter dieser Äußerung evident und würde auch entsprechend geahndet. Soll der Beleidigungsschutz eines Kanzlers höher angesetzt werden, eines Kanzlers, der seinem Dienst nach zur besonderen Wahrung der Interessen seines Vaterlandes verpflichtet und damit ex officio zur besonderen Vaterlandsliebe angelegt ist? Was muß man denn in Deutschland seit Eberts Zeiten noch sagen, bis man endlich einmal einen Kanzler beleidigen kann?

Man kann zur Ostpolitik stehen wie man will: so geht es nicht. Will man der um sich greifenden Verwilderung politischer Sitten überhaupt noch Einhalt gebieten, dann müssen solche Äußerungen disziplinarisch und auch anders konsequent darauf abgeklöpft werden, welche Tatbestände des Strafgesetzbuches erfüllt sind. Dem Truppendienstgericht dünkte jedoch anders, wegen der Verfassung und so wegen der Meinungsfreiheit, die man auch einem „Soldaten“ lassen müsse. Seit wann aber, fragt sich der verwunderte Leser, darf man sich seine Meinung durch glatte Diffamierung freischießen?

Zwischen „harten Diskussionen“ u. Ehrabschneidungen sollte man doch wohl unterscheiden können, jedenfalls wenn die inkriminierten Äußerungen den Kasinodunstkreis verlassen haben und vorzüglich in die Öffentlichkeit getragen worden sind. Urteilsschelte ja oder nein, wer derartige an die Wurzeln der Demokratie fassende Urteile fällt, muß sich auch kritisieren lassen, und sei das Urteil mit noch so viel gutem Willen gefällt worden. Derartige Urteile werfen naturgemäß Schatten und stecken Grenzen ab; so war es beim Backenstreichurteil in Sachen Kanzler Kiesinger und so ist es auch hier.

Und dann geht der Disziplinarvorgesetzte auch noch hin und legt kein Rechtsmittel ein. Dazu wäre er verpflichtet gewesen, auch wenn der Kanzler Großmut geübt haben sollte. Die Regierung hat Fälle dieser Art ohne Rücksicht auf sich zu behandeln, allein schon, um künftige Kanzler vor derartigen Unverschämtheiten zu schützen. Wenn der Disziplinarvorgesetzte das majorale Fehlverhalten „nur mal prüfen“ lassen wollte, dann hätte er mehr Stehvermögen an den Tag legen sollen, denn eine Rechtsfrage ist erst dann geprüft, wenn sie das Siegel der letzten Instanz trägt und dadurch ein verbindliches Grundsurteil vorliegt.

Nach Lage des Falles ist zu vermuten, daß der Major jetzt im Kasino seinen Sieg feiert. Was da wohl für schmeichelhafte Worte fallen über den Kanzler und die Justiz? Prost Kameraden!“

Egon Schiffer, Amtsgerichtsrat, Saarlouis  
(F.A.Z. Nr. 11/71)

## Beate Klarsfeld

schreckte mit sieben Mitgliedern der „Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus“ die Bürger von Warstein (Kreis Arnsberg) auf. Ziel von Beate Klarsfeld, einer deutschen Studentin und sechs jungen Franzosen, war das Haus in der Wilhelmstraße 32 in Warstein. Dort wohnt Herbert Hagen (59), Betriebsleiter einer Warsteiner Firma für Industrie-Apparatebau. Hagen, in den Jahren 1940/41 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Bordeaux, wirft die Gruppe um Beate Klarsfeld Deportation von Juden in zahllosen Fällen vor. Hagens Haus, er selbst war nicht anwesend, wurde mit Flugblättern zugeklebt.

(Westf. Rundschau 10/72)

## Muster ohne Wert

**Dr. Walter Roos**, Generalmajor und Befehlshaber des Bundeswehr-Bereichskommandos III, überbrachte dem ehem. Generalfeldmarschall der „großdeutschen Luftwaffe“, Erhard Milch, der sich krankheitshalber in Lüneburg bei Verwandten aufhielt, den Marschallstab, den ihm 1945 die Briten abgenommen hatten und der vor kurzem Milch wieder zur Verfügung gestellt worden war; Milch, der jetzt in Düsseldorf wohnt, wird am 30. März 80 Jahre, er war 1947 vom Alliierten Tribunal zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, aber bereits im Juli 1954 wieder entlassen worden.“

(ppp 8/1972)

Es hätte sicher genügt, den Knüppel, der dem Nazimarschall seiner Zeit von Hitler oder einem seiner Kumpane in die Hand gedrückt wurde, durch die Post als Päckchen, oder besser noch als Muster ohne Wert, zurückzusenden. So wurde, man höre nur, der Befehlshaber des Bundeswehrbereichskommandos III bemüht, um höchst eigenhändig „die Nazireliquie“ zurückzugeben.

Wir wurden gefragt, ob es sich da um alte „Kameraden“ oder eben nur um „Korpsgeist“ gehandelt habe; wir wissen es nicht. Soweit sind wir auf jeden Fall schon wieder - oder noch immer!

## Gute Vorgesetzte?

exp. Köln — Vor den Olympischen Spielen in Mexiko nahm ihn ein Massenblatt in die Mangel. Ausgerechnet Springers „Bild“ mäkelte an der politischen Haltung des Meisterboxers Günter Meier herum, der ein bißchen mit dem Gedankengut der NPD flirtet. „Bild“ nannte ihn darum das einzige „schwarze Schaf“ der bundesdeutschen Olympiamannschaft.

„Mich hat das alles sehr geärgert, zumal der Bericht hinten und vorn nicht stimmte“, sagt Meier heute.

Immerhin, soviel war wahr: Boxer Meier, im Olympiajahr 1968 noch Berufssoldat, stand der extremistischen Partei, die von Jahr zu Jahr mehr auseinanderfällt, ziemlich nahe. Meier erklärt auch, warum: „Als Berufssoldat versuchte ich einen Sinn für diesen Beruf zu finden. Und da bin ich, beeinflusst von Vorgesetzten, ein bißchen in die Nähe der NPD gerückt. Aber Mitglied der Partei war ich nie, wie man mir andichten wollte.“

(Express 23. 1. 1972)

Und die zitierten Vorgesetzten, „formen“ weiter demokratische Staatsbürger. Lieb' Vaterland magst ruhig sein.

## Stimmen aus der Schweiz und Deutschland

Der „Tagesanzeiger“ (Zürich) befaßt sich mit der Athenreise des CSU-Vorsitzenden Strauß:

„Wenn Strauß auf Reisen geht, gibt es Ärger. Dabei braucht es wenig zu kümmern, wenn dem CSU-Chef von New-Yorker Dirnen Geld und Paß abgenommen werden. Ärgerlicher ist es schon, wenn der Bayer in Südafrika auftaucht und dort bedauert, daß Bonn dem für seine Rassentrennungspolitik berüchtigten Regime keine Waffen liefern will. Auch die mit dem Privatflugzeug eines bayrischen Unternehmers unternommene Reise zu den Athener Obristen paßt wieder einmal in jenes Strauß-Klischee, das aufzubauen der CSU-Politiker offenbar sein möglichstes tut.“

Die Züricher AZ schrieb zu der Griechenlandreise von Strauß: „Strauß mußte sich den Vorwurf einholen, er sei zu dem Chef der griechischen Militär-Junta, Papadopoulos, gefahren, um als eine Art „Schatten-Außenminister“ mit ihm zu konferieren. Begleitet hatte ihn der Staatssekretär im bayrischen Kultusministerium. Also doch eine offizielle Sache? Für die Olympiade war's nicht, für die deutsch-griechische Freundschaft eventuell? Der Spekulationen gibt's genug, und von Strauß fehlt jede Erklärung. Er dementiert auch nicht. Strauß als Privatmann gibt es nicht. Er ist immer Rechts-Agitator, und wer weiß, ob nicht seine Griechenland-Mission mit fernen Zielen verbunden ist. Olympiade nach Athen. Anerkennung des Faschismus. Parallele Drittes Reich, Fahnen, Jubel, Strauß als Vorkämpfer. Aber das sind Spekulationen. Festgehalten werden muß allerdings: der stets im Hintergrund wirkende Strauß (auch Barzel wird von vielen als sein Produkt bezeichnet) knüpft Beziehungen zu einem Regime an, das alles andere als demokratisch zu nennen ist. Aber es entspricht dem, was er vertritt. Strauß heil!“

Die SPD sollte endlich gegen die typisch deutsche Gefahr von rechts, gegen die Demokratiegefährdung und Verunsicherung der Reformnotwendigkeiten durch die klerikale, konservative u. rechts-konservative, militärische, autoritäre und faschistische Phalanx der Ewiggestrigen eine parteioffizielle Trennungslinie ziehen.

Jürgen Busack,  
SPD-Abgeordneter im Landtag Schleswig-Holstein

# Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

## Landesverband Bremen/Weser-Ems

Unter starker Teilnahme der jüngeren Mitglieder führte der Landesverband Bremen/Weser-Ems seine diesjährige Jahreshauptversammlung am 15. April in Bremen durch. Vertreten waren ausserdem die Landesvorstände Hamburg und Hannover, die wegen der wichtigen Themenstellung Mitsprache und Mitbestimmung hatten. Delegiertenkarten verschiedener Farben wurden vom Landesvorstand ausgegeben, um bei Abstimmungen die Stellung der einzelnen Landesverbände festzustellen und um bei Anträgen, die nur unseren Landesverband betrafen, eine bessere Übersicht zu haben.

Der sehr gute Besuch und die Teilnahme der Hamburger und Hannoveraner hatten ihren Grund: denn nicht immer ist es möglich, gleich zwei Mitglieder des Bundesvorstandes im norddeutschen Raum zu Themen Stellung nehmen zu lassen, die bei der Mitgliedschaft auf Bundesebene zu pro und kontra führten: Neuorientierung und Namensänderung. Beide Themen waren schon Zündstoff auf der vorherigen Landesversammlung am 2. Oktober 1971, die vom Landesvorsitzenden Kamerad Dietrich Westermann vorgetragen wurden.

Trotz des weiten Weges hatten auf Einladung des Landesvorstandes Bremen/Weser-Ems unser geschäftsf. Bundesvorsitzender Kamerad Heinrich Ditter, Frankfurt/M. und Erich Knapp, Pressereferent im Bundesvorstand ihre Teilnahme zugesagt und sich bereit erklärt, die vom Landesvorstand gestellten Themen in ihren Vorträgen zu behandeln.

In sehr gut gehaltenen Referaten sprachen Kamerad Heinrich Ditter über „Sein oder Nichtsein“ und Kamerad Erich Knapp über „Die Gefahr von rechts und wir“. Beide Redner bemühten sich, neue Wege aufzuzeichnen, um zu einer einheitlich politischen Grundeinstellung in unserem Bund zu kommen, und sie fanden hierfür bei den Landesdelegierten großen Beifall. In der sehr regen, aber sachlich geführten Diskussion kam u. a. zum Ausdruck, daß ohne zentrale Anleitung jede organisatorische Geschlossenheit und Übereinstimmung fehlt und je nach den örtlichen oder regionalen Gegebenheiten die Organisationsstruktur, die propagandistisch-ideologische Zielsetzung wechselt. Nach einer fünfstündigen Versammlungsdauer wurde die Konferenz beendet, und ein gemeinsames Abendessen sorgte dafür, daß sich die Gemüter wieder beruhigten. Einen weiteren Bericht werden wir in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung veröffentlichen.

Die Wahlen zum Landesvorstand ergaben: 1. Vorsitzender, Dietrich Westermann; 2. Vorsitzender, Adolf Dierking; techn. Leiter, Heino Ernst; Vertreter, Rolf Dierking; Schriftführer, Seppl Hollander; Vertreter, Friedrich Westermann jun.; Kassenwart, Siegfried Gasch; Pressereferent, Adolf Berenthal. Zu Beisitzer wurden Peter Schlepfer, Willy Franz, Heinrich Meißner, Johann Wollborn, Wilfried Bode, Karl-Heinz Möhring und Friedrich Westermann sen. gewählt, zu Revisoren Paul Michel und Jonny Mues.

Ein für den Landesbereich Bremen/Weser-Ems geltender Antrag, den Landesvorstand zu ermächtigen, alle Vorbereitungen zu treffen, um bei der nächsten Bundestagswahl durch Wort und Schrift, im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten, sich für die sozial-liberale Regierung einzusetzen, wurde ohne Mitbestimmung der Hamburger und Hannoveraner einstimmig angenommen.

Ein Saalschutz wie vor 1933 wurde abgelehnt, da er den rechtsradikalen Gegnern nur den Vorwand schaffen würde, ihre zahlenstarken Hilfstruppen zu mobilisieren.

Ein weiterer Antrag befaßte sich mit der Namensänderung unserer Organisation. Gegen die Stimmen der Hannoveraner wurde beschlossen, einen Antrag bei der Bundeskonferenz 1972 einzureichen, den Untertitel „Bund aktiver Demokraten“ umzubenennen in „Demokratischer Schutzbund“. Sollte der in Vorschlag gebrachte Untertitel auf der kommenden Bundeskonferenz von einem anderen Landesverband als Haupttitel beantragt werden, behalten die Delegierten des Landesverbandes Bremen/Weser-Ems und des Landesverbandes Hamburg freie Entscheidung, sofern sie von ihrem Ortsverein in dieser Frage nicht festgelegt wurden.

In der Ergänzung zu dieser Namensänderung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verteidigung der demokratischen Freiheiten nicht nur eine nationale, sondern vielmehr eine internationale Angelegenheit sei, weil die faschistischen und antifaschistischen, im letzteren Fall die kommunistischen Verbände, internationale Erscheinungen sind, die jeweils ihre Kampftruppen in politischen Unruhegebieten einsetzen. Deshalb sei es auch notwendig, den Versuch zu unternehmen, auf europäischer Ebene einen internationalen demokratischen Schutzbund aufzubauen. Um auch in den noch monarchistisch regierten Ländern eine solche Möglichkeit zu schaffen, sollten wir von einer Umbenennung des Untertitels in „Republikanischen Schutzbund“ absehen.

Die Mitglieder der Landeskonferenz glauben, daß nicht so sehr in der Bundesrepublik Deutschland, sondern vielmehr in Italien die

politischen Verhältnisse so seien, daß es dort zu einem Rechtsputsch unter Führung des Militärs kommen könnte, was eine Kettenreaktion zur Folge haben würde. Wäre in Deutschland 1933 nicht die Weimarer Republik zugrunde gegangen, dann hätte in Österreich 1934 und anschließend in Spanien ein Rechtsputsch keinen Erfolg haben können.

Dietrich Westermann

## Landesverband Hamburg

Auf der Jahreshauptversammlung am 18. März wurde der Landesvorstand neu gewählt. Er setzt sich zusammen aus:

Helmut Corterier, 1. Landesvorsitzender, Hamburg 90, Marmstorfer Weg 173a, Telefon 760 32 03.

Kurt Clasen, Hamburg 80, Billgrabendeich 21, Telefon 724 24 95, 2. Landesvorsitzender.

Willi Beuk, Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19, Telefon 641 55 47, Schriftführer.

Hans Schulz, Hamburg 73, Mehlandsredder 30a, Landeskassierer.

Hans Schultz, Hamburg 33, Bramfelder Straße 152 und

Hans-Detlef Meyer, Hamburg 73, Wehlbrock 20, Beisitzer.

## Landesverband Nordrhein-Westfalen

**Ortsverein Bonn:** Am 17. März hatte der Ortsverein Bonn seine Jahreshauptversammlung, auf der der Ortskassierer Adolf Prangenberg entlastet wurde. Er führt entsprechend seiner Wahl im Jahr 1971 seine Geschäfte jedoch weiter. Nach dem Gedenken an Kamerad August Kerger erstattete der Ortsvorstand seinen Jahresbericht. Der Ortsverein Bonn ist Mitglied in einem Gremium demokratischer Parteien und Organisationen, das zur Abwehr der drohenden Nazidemonstrationen in Bonn gegen die Ratifizierung der Ostverträge gebildet wurde. Die Versammlung beschloß, daß jeder Kamerad Leserbriefe an Zeitungen und Zeitschriften senden wird, um der Sache der freiheitlichen Demokratie eine breitere Basis zu verleihen.

## Revanchisten Weg verlegen

**Landesvorstand NRW:** Der Generalanzeiger für Bonn und Umgebung veröffentlichte am 1./2. April folgenden Leserbrief des Landesvorstandes:

**Betr.: Leserzuschrift „Mit Rechtsradikalismus nichts zu tun“ im General-Anzeiger vom 7. März.**

Prof. Dr. Bolko Freiherr von Richthofen behauptet, die Veranstaltung des „Ostdeutschen Parlaments“ der „Notverwaltung Deutscher Osten“ am 20. 2. 1972 in der Bonner Beethoven-Halle habe mit „Rechtsradikalismus nicht das geringste zu tun“. Abgesehen davon, daß Prof. von Richthofen selbst Mitglied der „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ ist, hat die „Notverwaltung“ in ihrem Rundschreiben vom 1. Januar 1972 gefordert: „... die Wiederherstellung von Deutschland in seinen Grenzen von 1939. . . Wir erklären offen, daß wir anstreben, wieder in unsere Heimat als rein deutsches Gebiet, also ohne Russen, ohne Polen und ohne Tschechen zurückzusiedeln.“ Wenn die Forderung auf Re-Annexion von Österreich, dem Sudetenland, Danzig und Memelland sowie die Forderung der Austreibung von Russen, Polen und Tschechen aus den seit 25 Jahren neu besiedelten ehemaligen deutschen Gebieten nicht mehr als rechtsradikale Forderung gelten soll, dann dürfte die freiheitlich-demokratische Ordnung in der BRD keine große Lebenschance mehr haben. Der Bund aktiver Demokraten – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – fordert alle Verantwortlichen und Demokraten auf, Organisationen und Personen, die derart friedensfeindliche und revanchistische Forderungen stellen, in Zukunft den Weg zu verlegen.

Erich Knapp

Landesvorsitzender NRW, Bund aktiver Demokraten

## Freiheitsbund e. V. Berlin

In der Landesausschußsitzung am 28. März d. J. gab der 1. Vorsitzende des Landesverbandes - Kamerad Franz Meyer - einen ausführlichen Bericht über die am 26. Februar d. J. in Frankfurt/Main stattgefundene Bundesvorstandssitzung. Die Ausführungen des Kam. Meyer waren Anlaß einer eingehenden Diskussion. Insbesondere waren die Mitglieder des Landesausschusses der Auffassung, daß das Publikationsorgan „Das Reichsbanner“ nach modernen Gesichtspunkten gestaltet werden müßte. Name und Emblem der Zeitschrift wären auf jeden Fall zu ändern, da diese im Hinblick auf die historische Entwicklung nicht mehr als zeitgemäß angesehen werden können.

Darüber hinaus hat der Landesausschuß einstimmig beschlossen, die dem Landesverband zustehende Quote für Delegierte für die vor Pfingsten im Raume Frankfurt stattfindende Bundeskonferenz voll auszuschöpfen, obwohl damit für unsere Kameraden eine erhebliche finanzielle Belastung verbunden ist.

J. Hübner

## Landesverband Bremen/Weser-Ems

Die Mitglieder der Landeskonferenz Bremen/Weser-Ems nahmen am 15. April 1972 in Bremen Kenntnis vom Antrag einiger Mitglieder des Ortsvereins Offenbach an den Bundesvorstand, Kamerad Erich Knapp aufgrund seines Artikels „Droht ein Putsch der neuen Reaktion“ als Redakteur der Reichsbannerzeitung abzusetzen und aus dem Reichsbanner auszuschließen. Die Mitglieder der Landeskonferenz bitten den Bundesvorstand, diesen beantragten Ausschluß abzulehnen.

**Begründung:** Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist eine überparteiliche Organisation. In ihren Reihen befinden sich Mitglieder der demokratischen Sozialisten bis zu den Liberalen der CDU. Das setzt voraus, daß im Reichsbanner politische Toleranz geübt wird.

Die Mitglieder der Landeskonferenz sehen keinen Anlaß, von unserem Grundsatz, daß Kritik nützlich ist, abzuweichen, selbst wenn die Kritik in recht provokatorischer Form geäußert wird.

Die Tatsache, daß sich im Zeichen des Antikommunismus, die anti-kommunistische Konjunktur ausnutzend, eine nationale Opposition formiert, die in ihren extremistischen Kreisen vor Gewaltlösungen nicht zurückschrecken, hat auch Kamerad Knapp veranlaßt, in seinem Artikel diejenigen Kreise der CDU anzugreifen, die den Rechtsextremen in der Bundesrepublik noch Rückenstärke geben. Die nationalistischen Kräfte in der Bundesrepublik sind nicht bereit, den aus der Niederlage erwachsenden politischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und gefährden durch ihr Verhalten den Frieden und die demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik.

gez. Dietrich Westermann, 1. Landesvorsitzender

## Offener Brief

Herrn Klaus Stephan

Moderator der Sendung „Report“ Bayrischer Rundfunk

8000 München, Rundfunkplatz

Betr.: „Report“ vom 6. 3. 1972. „Antideutsche Emotionen in Holland“  
Sehr geehrter Herr Stephan!

Unter dem Titel „Antideutsche Emotionen in Holland“ berichtet Martin Schulze in einem Filmbeitrag, daß zahlreiche Holländer sich engagiert gegen eine Freilassung der drei nationalsozialistischen Kriegsverbrecher in Breda aussprechen. Viele tun das nicht ohne Emotionen. Allerdings richten sich diese gegen das ehemalige NS-Regime, gegen die in den Niederlanden verübten nationalsozialistischen Verbrechen und im vorliegenden Fall gegen die Freilassung von drei für solche Verbrechen direkt Verantwortlichen. Wer hier „antideutsche“ Emotionen sieht, identifiziert uns Deutsche im Jahr 1972 mit diesen Kriminellen, während die Bundesrepublik Deutschland vielmehr das andere Deutschland repräsentieren sollte. Nur wer zwischen ihm und dem nationalsozialistischen System keinen Unterschied macht, muß befürchten, daß die insbesondere bei Heinemanns Besuch in den Niederlanden beschworene Versöhnung wie eine Seifenblase geplatzt sei. Angesichts der Vergangenheit sind die deutsch-niederländischen Beziehungen erstaunlich gut; ob von Versöhnung die Rede sein kann, sei dahingestellt.

Erschwert wird eine solche Versöhnung gewiß von Praktiken und Vorfällen, wie sie die holländische Abgeordnete in dem Filmbericht andeutet. Diese Dame hat doch recht, wenn sie fragt, welcher Empfang den nach Deutschland Entlassenen wohl bereitet würde! Immerhin hat z. B. der seinerzeitige Bundeskanzler Adenauer es für nötig befunden, den in Frankreich verurteilten Ramcke sogleich nach seiner Freilassung zu empfangen. Was den deutschen Außenminister betrifft, so ist daran zu erinnern, daß Herr Scheel (übrigens ein profilierter Befürworter der Verjährung aller NS-Verbrechen) in seinem Amt viele ehemalige, schwer kompromittierte Nationalsozialisten in leitenden Stellungen beschäftigt. Auch hat das Amt - noch unter der Leitung von Brandt - allen im westlichen Ausland in Abwesenheit als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen und Österreichern Warnungen zugehen lassen. Ebenso trifft es zu, daß freigelassene Kriegsverurteilte in der Bundesrepublik Pensionen und Entschädigungen erhalten.

Es mag sein, daß in der Debatte in Holland auch antideutsche Äußerungen gefallen sind - das jedoch hat der Filmbericht nicht belegt. — Mit verbindlichem Gruß

gez. Frau Reimhild Keitel, gez. Ulrich Keitel (CDU-Stadtverordneter in Frankfurt/Main).

## Richtigstellung

Der Bundesvorstand und die Redaktion bedauern aufrichtig, durch eine mißverständliche Formulierung den Eindruck erweckt zu haben, als bestehe ein Landesverband „Berlin-Spandau“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten. In Berlin besteht lediglich der Freiheitsbund, der korporativ dem Reichsbanner in der Bundesrepublik angehört und in Berlin allein zuständig ist für alle Kräfte, die Demokratie und Republik verteidigen wollen. Einige Spandauer Kameraden, die sich aus Traditionsgründen dem Landesverband Bremen/Weser-Ems/Schleswig-Holstein angeschlossen haben und ihrerseits keineswegs den Status eines eigenen Landesverbandes beanspruchen, haben mit der mißverständlichen Formulierung in Nr. 5/1972 des REICHSBANNERS nichts zu tun. Bundesvorstand und Redaktion hoffen, mit dieser Richtigstellung den gerade in der heutigen Zeit notwendigen Frieden und das Vertrauen zwischen allen Kameraden wiederhergestellt zu haben.

HEINRICH BÖLL:

## Gib Alarm!

Für Ulrich Sonnemann

Gib Alarm

Sammele Deine Freunde

nicht

wenn die Hyänen heulen

nicht

wenn der Schakal Dich umkreist

oder

die Haushunde kläffen

nicht

wenn der Ochs unterm Joch

einen Fehltritt tut

oder der Muli am Göpel stolpert

Gib Alarm

Sammele Deine Freunde

wenn die Karnickel die Zähne blecken

und ihren Blutdurst anmelden

Wenn die Spatzen Sturzflug üben

und zustoßen

Gib Alarm.

Der Schriftsteller, Psychologe und Soziologe Ulrich Sonnemann („Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“, „Negative Anthropologie“) wurde sechzig Jahre alt.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 6 — Juni 1972 — 16. Jahrgang — Erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,

6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.  
Redaktion u. verantwortlich: Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Mülldorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.